

5. Die faschistische Diktatur in Deutschland, die Verschärfung des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus und der internationale und nationale antifaschistische Kampf unter Führung der Kommunisten. (Januar 1933 bis August 1939)

5.1. Die Errichtung und Festigung der faschistischen Diktatur in Deutschland

5.1.1. Die Stellung der Arbeiterparteien und der freien Gewerkschaften zum Machtantritt der Faschisten

Mit der Machtübernahme durch die Hitlerregierung am 30. Januar 1933 **begann in Deutschland die faschistische Diktatur.**

Die Übertragung der Macht an die Faschisten war keine zufällige, persönliche Entscheidung des Reichspräsidenten von Hindenburg. Dieser Schritt erfolgte auf Drängen der reaktionärsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals (siehe S. 142 f.). Den Monopolvertretern waren die wirklichen Ziele der Nazipartei bekannt. Sie begrüßten und förderten jene Absichten, die die rücksichtslose Unterdrückung der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zum Ziele hatten.



Fackelzug der faschistischen Sturm-Abteilungen (SA) anlässlich der Machtübernahme durch die Hitlerregierung am 30. Januar 1933

Aus dem Protokoll der ersten Besprechung der Hitlerregierung am 30. Januar 1933

„Der Reichskanzler eröffnet die Sitzung... Nun könne man vielleicht daran denken, die Kommunistische Partei zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren und auf diese Weise die Mehrheit im Reichstag zu erreichen... Er befürchte als Folgen eines eventuellen Verbots der KPD schwere innenpolitische Kämpfe und eventuell den Generalstreik. Sicherlich gebrauche die Wirtschaft Ruhe. Wenn man jedoch die Frage aufwerfe, was für die Wirtschaft eine größere Gefahr bedeute, die mit Neuwahlen verbundene Unsicherheit und Beunruhigung oder ein Generalstreik, so müsse man nach seiner Ansicht zu dem Ergebnis kommen, daß ein Generalstreik für die Wirtschaft weit gefährlicher sei... Reichsminister Göring teilte mit, daß die Kommunisten für heute abend (30. 1.) eine Demonstration geplant hätten, die er verboten habe. Nach seinen Feststellungen würde die SPD im Augenblick einen Generalstreik nicht mitmachen. Die Sozialdemokratie dränge zur Zeit auf eine Aussprache im Reichstag.“¹

Aber auch die Pläne der Faschisten, andere Völker, insbesondere die Sowjetunion, auszurauben und zu versklaven, entsprangen den Interessen und Forderungen des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Geheime Ansprache Adolf Hitlers vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine am 3. Februar 1933. (Aus der Niederschrift eines Teilnehmers)

„Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol[itischen] Macht...“

1. In Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt[igen] innenpol[itischen] Zustände in D[eu]tschland... Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel... Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln: Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebschadens der Demokratie!

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles... Sorge für Bundesgenossen...

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels... Allg[emeine] Wehrpflicht muß wieder kommen... Wie soll pol[itische] Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden?... Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmögl[ichkeiten], vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.“²

● *Vergleichen Sie diese Forderungen mit denen der Kapp-Putschisten (siehe S. 105) und den außenpolitischen Plänen Stresemanns (siehe S. 119)! Welche Schlußfolgerungen ziehen Sie daraus?*

Den konterrevolutionären Plänen der Nazis sagte die KPD einen kompromißlosen Kampf an. Sie rief noch am 30. Januar 1933 zum Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur auf. Ein entsprechendes Angebot zur Organisierung des gemeinsamen Kampfes aller Arbeiter, mit dem Ziel, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen, wurde noch am selben Tage dem Parteivorstand der SPD überbracht.

Aus dem Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar 1933

„Heraus auf die Straße! Legt die Betriebe still! Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!... Die KPD appelliert an die Millionenmassen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter in Stadt und Land wie an die unorganisierten Arbeitermassen: Führt gemeinsam mit euren kommunistischen Klassengenossen in allen Betrieben und Arbeiterwohnvierteln die Massendemonstration, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!“³

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die sozialdemokratischen Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) lehn-

² Zitiert nach: G. Förster/H. Helmert/H. Otto/H. Schnitter: Der preußisch-deutsche Generalstab 1640–1965. Berlin 1966, S. 260 f. – Die in eckigen Klammern gesetzten Wortteile sind zur besseren Lesbarkeit später ergänzt worden.

³ Zitiert nach: H. Laschitzka/S. Vietzke: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933–1945. Berlin 1964, S. 286.

¹ Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 5, Berlin 1966, S. 443.

ten das Angebot der KPD ab. Die feste Bindung an den imperialistischen Weimarer Staat und der tief verwurzelte Antikommunismus hinderten sozialdemokratische Führer wie Otto Wels (Vorsitzender der SPD) und Theodor Leipart (Vorsitzender des ADGB), gemeinsam mit der KPD den antifaschistischen Abwehrkampf aufzunehmen. Diese Führer waren voller Illusionen über den Faschismus und glaubten, daß die SPD und die Gewerkschaften weiter existieren könnten, während der Faschismus bald „abwirtschaften“ würde.

Aus dem Aufruf der SPD vom 31. Januar 1933
 „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung... Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen...“⁴

Aus dem Aufruf des ADGB vom 30. Januar 1933
 „Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!“⁵

● *Vergleichen Sie diese Aufrufe mit dem Protokollauszug vom 30. Januar 1933 (siehe S. 146)! Werten Sie danach die Haltung der rechten Führer der SPD und des ADGB!*

Viele Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften sahen jedoch weiter als ihre Führer. Sie erkannten, daß nur der gemeinsame Kampf dem Hitlerfaschismus eine Niederlage bereiten konnte. Sie schlossen sich deshalb in vielen Teilen Deutschlands zum Kampf zusammen.

In Berlin-Charlottenburg zum Beispiel kam es zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftsmitgliedern und unorganisierten Arbeitern einerseits und faschistischen Terrorgruppen andererseits zu Straßenschlachten. Zahlreiche Städte, so Braunschweig, Breslau,

⁴ Zitiert nach: H. Laschitzka/S. Vietzke: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933-1945. Berlin 1964, S. 280.

⁵ Zitiert nach: Ebenda, S. 281.

Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle, Hamburg, Leipzig und andere, erlebten machtvolle antifaschistische Aufmärsche und Kundgebungen. In einigen Städten kam es zu Streiks, am 3. Februar in Lübeck, am 6. Februar in Staßfurt und am 24. Februar in Hannover. Diese und andere Aktionen rissen auch in der Folgezeit nicht ab. Sie bewiesen die Bereitschaft bedeutender Teile der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur.

● *Erklären Sie den Widerspruch zwischen der Haltung der rechten Führer der Sozialdemokratie sowie der Gewerkschaften und der breiter Kreise der Mitglieder!*

5.1.2. Die Entfesselung des faschistischen Terrors. Die Reichstagsbrandprovokation. Das Ermächtigungsgesetz

Durch die Verstärkung ihres Terrors suchten die Faschisten die antifaschistischen Kampffaktionen zu unterbinden und ihre Positionen weiter zu festigen. Ihr wütender Haß richtete sich vor allem gegen die Kommunisten, die die Interessen



Polizei durchsucht das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, den Sitz des Zentralkomitees der KPD, 23. Februar 1933

des werktätigen Volkes am konsequentesten vertraten. Die KPD stellte deshalb auch das ernsthafteste Hindernis für die Pläne der Hitlerregierung dar, bei den für den 5. März 1933 festgesetzten Neuwahlen die absolute Mehrheit oder sogar eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag zu erringen.

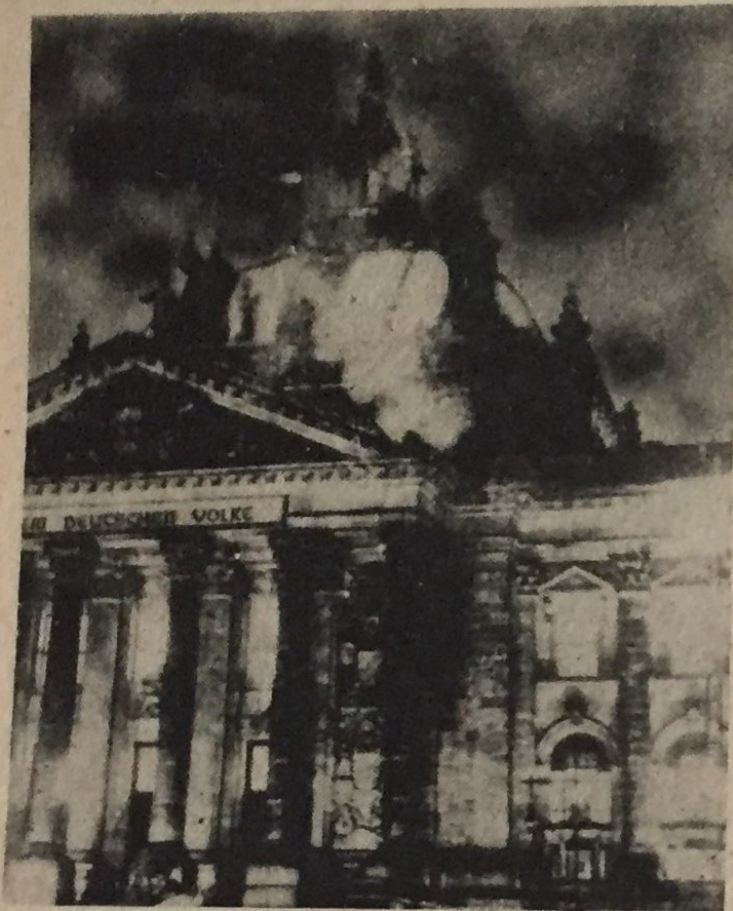
Um dieses Ziel zu erreichen, bildeten die Monopole einen Wahlfonds zur Unterstützung der Nazi-Partei in Höhe von drei Millionen Mark. Gegen die KPD und andere Antifaschisten wurden in Preußen bewaffnete SA- und SS-Formationen als *Hilfspolizei* aufgebildet. Am 23. Februar 1933 wurde das Karl-Liebknecht-Haus, der Sitz des Zentralkomitees der KPD und der Redaktion der „Roten Fahne“, durch Polizei besetzt und durchsucht. Diese Kette von Terrormaßnahmen erreichte am Abend des 27. Februar 1933 mit der *Reichstagsbrandprovokation* einen Höhepunkt.

Gegen 21.00 Uhr stand das Reichstagsgebäude in hellen Flammen. Die unmittelbar danach eintreffenden faschistischen Führer Goebbels, Göring und Hitler behaupteten sofort, der Brand

sei von den Kommunisten als Signal für einen kommunistischen Aufstand gelegt worden. Die Brandstifter waren jedoch die Faschisten selbst. Dafür zeugt vor allem, daß diese Provokation nur in ihre Pläne paßte und sie sie sofort ausnutzten, um eine Hetze gegen die Kommunisten zu entfachen und andere Antifaschisten einzuschüchtern. Der Terror raste. Allein in Berlin wurden in der gleichen Nacht nach vorbereiteten Listen 1500 Antifaschisten, Kommunisten, Sozialdemokraten und aufrechte Demokraten, in ganz Deutschland mehr als 10 000, verhaftet. Die Verhafteten waren grausamen Foltern ausgesetzt, bei denen zahlreiche Antifaschisten den Tod fanden. Am 3. März wurde Ernst Thälmann verhaftet und verschleppt.

Georgi Dimitroff über die Hintergründe des Reichstagsbrandes

„Der Reichstagsbrand wurde von den Nationalsozialisten aus fünf Gründen organisiert: Erstens mußte die Aufmerksamkeit der Massen von den inneren Schwierigkeiten abgelenkt werden, die im Februar 1933 die sogenannte ‚Nationale Front‘ spalteten... Zweitens sollte damit ein Druck auf Hindenburg und seine Umgebung ausgeübt werden. Die Nationalsozialisten wollten unbeschränkt die Herren der Lage sein... Sie wollten Hindenburg zwingen, die Notverordnungen vom 28. Februar zu unterzeichnen... Drittens war die Brandstiftung das Vorspiel zur Durchführung des Planes Görings und seiner Freunde. Göring plante seit langem die Zerstörung der deutschen Arbeiterorganisationen, der Kommunistischen Partei Deutschlands und aller antifaschistischen Kräfte im Reiche. Viertens sollte der Brand auch zur Täuschung des Auslandes dienen. Unter dem Vorwand der Rettung der europäischen Zivilisation vor dem Bolschewismus konnten die Nationalsozialisten die Aufrüstung durchführen... Fünftens war er eine wohlvorbereitete Rechtfertigung der terroristischen Maßnahmen, die die Nationalsozialisten gegen alles treffen wollten, was in Deutschland noch liberal war und gegen jede Äußerung unabhängigen Geistes, selbst auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Kunst und Literatur.“⁶



Der Reichstag brennt! 27. Februar 1933

⁶ G. Dimitroff: Reichstagsbrandprozeß - Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen. Berlin 1960, S. 213.



Nach dem Reichstagsbrand werden Antifaschisten in die Folterkeller der SA verschleppt

Am 9. März 1933 wurden Georgi Dimitroff, der in Berlin das Westeuropäische Büro der Kommunistischen Internationale geleitet hatte, und zwei weitere bulgarische Kommunisten, Popoff und Taneff, verhaftet. Sie sollten vor Gericht unter die unsinnige Anklage gestellt werden, an der Reichstagsbrandstiftung beteiligt gewesen zu sein.

Dieser Terror, verbunden mit einer ständig anwachsenden antikommunistischen Hetze, war durch die Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg vom 28. Februar 1933 legalisiert worden. Mit dieser Verordnung wurde der politische Ausnahmezustand bestimmt, der bis zum Sturz des Hitlerregimes, oftmals verschärft, fort dauerte. Unter diesen Ausnahmebedingungen fanden am 5. März 1933 die Reichstagswahlen statt. Trotz der schweren Bedingungen errang die KPD 4,85 Millionen Stimmen. Das war ein großer Erfolg. Obwohl die Faschisten 17 Millionen Stimmen erhielten, konnten sie mit diesen 43,9 Prozent der Stimmen keine absolute Mehrheit im Reichstag erringen.

Um sich dennoch die Zweidrittelmehrheit für die Annahme eines verfassungsändernden Gesetzes zu sichern, erklärte die Hitlerregierung am 9. März gegen jedes Recht und Gesetz die 81 Reichstagsmandate der Kommunistischen Partei Deutschlands für ungültig. Außerdem ließ sie mehrere Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei verhaften.

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 5. März 1933 (Stimmen-Angaben in Millionen)

	Gültige Stimmen	Mandate
Gesamt	39,3	647
SPD	7,2	120
KPD	4,8	81
NSDAP	17,3	288
Deutschnationale Volkspartei	3,1	52
Zentrum	4,4	74

(Der Rest der Stimmen und Mandate entfiel auf unbedeutende Splitterparteien.)

Die auf diese Weise zusammengeschobene Mehrheit beschloß am 23. März 1933 im Reichstag das *Ermächtigungsgesetz*. Damit wurde der Naziregierung das Recht übertragen, unter Ausschaltung des Reichstages Reichsgesetze zu erlassen und Verträge mit anderen Staaten abzuschließen. Schon in den ersten Stunden wurden über 460 Sondergesetze und Verordnungen verkündet und somit die bürgerlich-parlamentarische Republik auch formal beseitigt.

Die zutiefst antidemokratische, gegen die Arbeiterklasse und die Nation gerichtete faschistische Politik widerspiegelte sich auch in den nächsten Gewalttaten der Hitlerregierung. Nachdem die Faschisten den 1. Mai, den internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiter der Welt, als „Tag der nationalen Arbeit“ gefeiert hatten, um

den arbeiterfeindlichen Charakter der Naziherrschaft zu verschleiern, zerschlugen sie am 2. Mai 1933 die freien Gewerkschaften. Den Arbeitern wurde das Recht, sich in den Gewerkschaften als Klassenorganisationen der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Interessen zusammenzuschließen, geraubt. Das Millionenvermögen der Gewerkschaften, das die Arbeiter durch ihre Beiträge Groschen für Groschen in Jahrzehnten zusammengetragen hatten, rissen die Faschisten an sich.

Am 10. Mai 1933 verbrannten die Faschisten in den deutschen Hochschulstädten auf riesigen Scheiterhaufen Bücher. Mit diesem Akt der Barbarei wurden die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und der Führer der deutschen Arbeiterbewegung sowie Werke der deutschen National- und Weltliteratur, unter anderem Werke von Henry Barbusse, Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Heinrich Heine, Heinrich Mann, Thomas Mann und Arnold Zweig, aus den Bibliotheken verbannt. Gleichzeitig wurden zahlreiche humanistische Geistesschaffende verfolgt, eingekerkert oder außer Landes getrieben. Diese Maßnahmen der Faschisten hatten das Ziel, alles fortschrittliche, humanistische Gedankengut auszumerzen und der Durchsetzung der faschistischen Ideologie den Weg zu bereiten. Am 22. Juni 1933 wurde die Sozialdemokrati-

sche Partei Deutschlands verboten. Dieses Verbot war zugleich der Ausgangspunkt für die Beseitigung oder die Selbstauflösung aller bürgerlichen Parteien. Durch ein Gesetz vom 14. Juli 1933 wurde die Naziartei die einzige in Deutschland zugelassene Partei.

Alle diese verbrecherischen Maßnahmen und Gesetze wurden Schritt für Schritt zu einem umfassenden System der Terrorisierung und Besspitzelung der Bevölkerung ausgebaut. Dieses faschistische Terrorsystem stützte sich vor allem auf die Gestapo,⁷ den Sicherheitsdienst, die SS und SA, den Leitungsapparat der NSDAP, von den Reichsleitern bis hinab zu den Blockleitern in den Wohngebieten sowie auf die verschiedensten Naziorganisationen. Diese Kräfte überwachten ständig die gesamte Bevölkerung. Ihr Einfluß reichte in jedes Haus, in fast jede Familie.

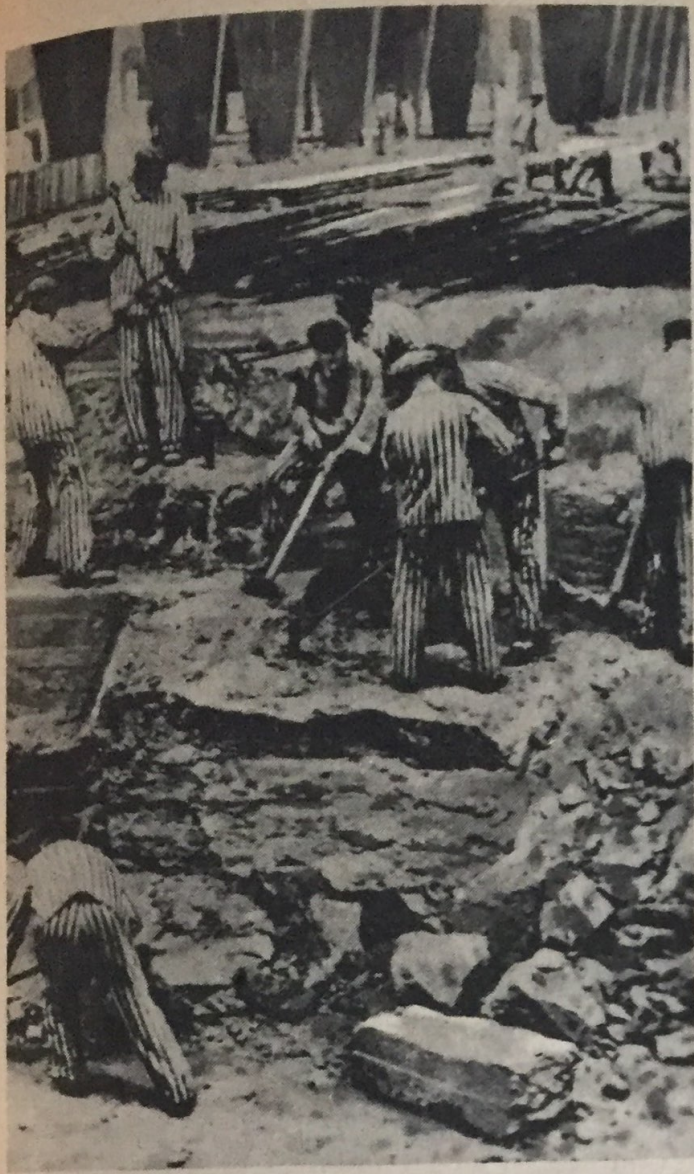
Mit Hilfe dieses Systems wurde die faschistische Ideologie verbreitet und gegen Andersdenkende der Terror organisiert.

Seit Ende 1933 übernahm der faschistische Staat den Ausbau der Folterkeller der SA zu einem Netz von *Konzentrationslagern*. Die berüchtigten ersten Lager waren das Columbia Haus in Berlin, Börgermoor, Dachau, Burg Hohnstein

⁷ Abkürzung für „Geheime Staatspolizei“.



Bücherverbrennung der Faschisten vor der Berliner Universität am 10. Mai 1933



Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg.
Zwangarbeit beim Aufbau des Klinkerwerkes

(Sachsen) und Oranienburg. In diesen Konzentrationslagern wurden Zehntausende Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten von den Nazis ohne Gerichtsurteil gefangengehalten. Sie mußten dort unter unmenschlichen Bedingungen, unzureichend ernährt und gekleidet, bei körperlich härtester Arbeit vegetieren. Brutale Mißhandlungen, Folter und Mord gehörten zum Alltag dieser Stätten des Grauens.

Diese Verbrechen der Nazis wurden durch die faschistische Justiz legalisiert. 1934 wurde hierfür durch die Hitlerregierung der *Volksgerichtshof* als oberstes politisches Sondergericht geschaffen. Dieses Sondergericht wütete mit Todes- und Zuchthausurteilen gegen deutsche und

ausländische Antifaschisten. Dennoch vermochte es dieser Terror niemals, den antifaschistischen Widerstandskampf völlig zu unterdrücken.

F. C. Weiskopf: „Der rote Fetzen“ (1933)

„Als am siebenten November des Jahres 1933, am Tag der großen russischen Revolution, vom Schlot der stillgelegten P...schen Margarinefabrik bei R... eine rote Fahne mit Hammer und Sichel wehte, wurden die männlichen Bewohner der nahegelegenen Laubenkolonie, die als kommunistisches Nest verschrien war, von der SS festgenommen und – da sie nichts gestehen wollten, oder konnten – so lange geprügelt, bis sie blutig und bewußtlos auf der Erde lagen. Dann gestattete man den Weibern, die der Exekution hatten beiwohnen müssen, ihre Männer – bevor sie auf Lastautos verladen und weggeschafft wurden – notdürftig zu reinigen und zu verbinden. Das SS-Kommando, das am nächsten Tag in der Kolonie nach den wenigen Männern Umschau hielt, die am Vorabend nicht zu Hause gewesen waren, fand nur Weiber und Kinder vor – doch wehte vom Schlot der Margarinefabrik wiederum eine Fahne.

Der Staffelführer befahl einem Jungen, den ‚roten Fetzen‘ sofort herunterzuholen, und ließ, während das geschah, die Weiber und Kinder antreten und vor den entscherten Karabinern seiner Truppe das Horst-Wessel-Lied singen.

Als der Junge, der die Fahne zu holen hatte, wieder unten anlangte, zeigte es sich, daß sie gar nicht rot war, sondern rostfarben, schwarzbraun und schwarz gefleckt, und auch keine Fahne, sondern ein blutgetränktes Tuch: eines der Handtücher, mit denen die Frauen am Abend vorher ihre zerschlagenen Männer gereinigt hatten.

Von den Gefangenen starben zwei im Krankenhaus. Zwei wurden ‚auf der Flucht erschossen‘.⁸

● Warum setzten die Faschisten alles daran, die antifaschistischen Kräfte, an ihrer Spitze die KPD, zu vernichten?

⁸ F. C. Weiskopf: Das Anekdotenbuch. Berlin 1965, S. 9 f.